

Sehr geehrte Frau Ministerin, meine Damen und Herren,

Auch als Vorsitzende der AGABY möchte ich Sie alle herzlich begrüßen und Ihnen und uns gemeinsam in diesem gerade begonnenen Jahr viel Glück und Erfolg wünschen. Erfolg vor allem in einer Arbeit, die uns allen trotz verschiedener Positionen und Funktionen verbinden dürfte, nämlich die Arbeit für ein gerechtes und demokratisches Zusammenleben in diesem Land.

Kein anderes Ziel hat auch das Kooperationsprojekt des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement und der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Bayerns, „gemeinsam engagiert für eine gemeinsame Zukunft - bürgerschaftliches Engagement im Bereich Integration“, das heute mit dieser offiziellen Auftaktveranstaltung vorgestellt werden soll. Es geht um die aktive Gestaltung der Gegenwart und Zukunft, wenn es darum geht, Integrationsprozesse zu unterstützen und dabei die Rolle und den Beitrag der Migrantinnen und Migranten einerseits, und die Öffnung der sowie die Zusammenarbeit mit den Institutionen der Mehrheitsgesellschaft andererseits im Bezug auf das Bürgerschaftliche Engagement ins Auge zu fassen.

Sowohl die „Integration“ als auch das „Bürgerschaftliche Engagement“ sind höchst aktuelle Themen, die jeweils an vielen Stellen auf der Tagesordnung stehen. Auch die Kombination beider Themen ist nicht neu, da möchte ich u.a. auf die vor kurzem in Nürnberg stattgefundene bundesweite Tagung des Bundesverbandes Bürgerschaftliches Engagement zum Thema „Migrantenorganisationen als Akteure der Zivilgesellschaft“ hinweisen.

Und dennoch kann unser Projekt eine gewisse Singularität für sich in Anspruch nehmen. Das Kooperationsprojekt, das von Bund und Land gefördert wird, steht durch die gleichberechtigte Kooperation von AGABY und LBE exemplarisch für eine notwendige und gewinnbringende Zusammenarbeit der Institutionen und Netzwerke der Mehrheitsgesellschaft und der Migranten. Es steht auch für die direkte Beteiligung der Migranten als gestaltende Akteure. Für AGABY handelt es sich dabei auch um das erste öffentlich geförderte Projekt, das wir als ein Zeichen der Anerkennung und des Vertrauens in unserer Arbeit bewerten. Es steht auch dafür, dass Sie, Frau Ministerin, es mit der von Ihnen initiierten Kampagne „Integration im Dialog“ doch ernst meinen. Integration ist tatsächlich nur im Dialog möglich und ich bin überzeugt, dass AGABY, der Landesverband der Ausländer,- Migranten- und Integrationsbeiräte, der demokratischen sowie ethnien- und parteienübergreifenden Migrantenvertretungen, mit ihren langjährigen Erfahrungen in den Migrations- und Integrationsprozessen ein unverzichtbarer Dialogpartner auf der Landesebene ist.

Ich möchte an dieser Stelle Ihnen, Frau Ministerin, und Ihren Mitarbeitern, vor allem Herrn Helmut Huber, für die Unterstützung dieses Projektes und die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit im letzten Jahr danken. Auch Ihnen, Herr Dr. Griesbeck, und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge möchte ich im Namen der AGABY und der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns für die finanzielle Förderung des Projektes danken.

Erlauben Sie mir auch unserer Projektkoordinatorin Frau Marion Bradl für ihre kompetente und überaus engagierte Arbeit und Ihnen, Herr Dr. Rübke, und Torsten Groß, dem Projektkoordinator des LBE für die gute Zusammenarbeit und die Geduld mit dem ehrenamtlichen Vorstand der AGABY zu danken. In der Kooperation zwischen der AGABY und dem LBE sind, meine Damen und Herren, nicht nur zwei Institutionen der Mehrheitsgesellschaft und der Migranten zusammengekommen, sondern auch zwei unterschiedliche Organisationen, die typischerweise auf unterschiedliche finanzielle, strukturelle und personelle Ressourcen zurückgreifen könnten. Ich glaube, dass gerade die Erfahrung dieser Kooperation zeigen kann, wie wichtig es wäre, dass AGABY durch eine institutionelle bzw. kontinuierliche Förderung auf Dauer die notwendige Infrastruktur aufbauen könnte, um effizienter in den Integrationsprozessen mitzuwirken und die Sicht, die Kompetenzen und Netzwerke der Migranten in die Gestaltung einer gelingenden Integration in Bayern einbringen zu können.

Nun einige allgemeine Anmerkungen zum Thema bürgerschaftliches Engagement und Integration:

Zu der These, dass Integration eine gemeinsame gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, besteht, glaube ich, mittlerweile kein Zweifel. Damit ist einerseits gemeint, dass sowohl der Staat und seine Institutionen als auch die Zivilgesellschaft und der einzelne Bürger/ die einzelne Bürgerin gefordert sind, an diesem Prozess mitzuwirken. Andererseits geht es um eine gemeinsame Aufgabe der Migranten und der Mehrheitsgesellschaft. Ich gebe zu, dass gerade dieser zweite Aspekt immer noch unterschiedlich interpretiert wird und für Missverständnisse sorgt: vor allem wenn man davon spricht, dass Integration keine Einbahnstraße ist, meinen zumindest Teile der Mehrheitsgesellschaft oft die „Bringschuld der Migranten“. Damit meint man, selbst genügend für die Integration getan zu haben, und nun seien die Migranten ihren Teil dazu schuldig. Die Migranten ihrerseits sagen, Integration sei keine Einbahnstraße und erwarten die aus ihrer Sicht noch ausgebliebene gesellschaftliche Anerkennung für ihre bereits erbrachten Integrationsleistungen.

Die Versäumnisse und Fehler, die es auf beiden Seiten gegeben hat, zu betonen und in einer selbstzufriedenen Haltung zu beharren, wird uns nicht weiterbringen. Integration im Sinne einer demokratischen Zukunftsperspektive ist eine Herausforderung, die einen von Respekt und Offenheit geprägten Dialog verlangt, damit wir gemeinsam die Chancen und Potenziale nutzen, um Probleme und Defizite beheben zu können.

Bedauerlich und zugleich empörend ist es deshalb, wenn im Moment wieder einmal durch populistische Parolen Wahlkampf auf Kosten der Migranten gemacht wird und dabei im Kauf genommen wird, dass rassistische und ausländerfeindliche Ressentiments geschürt werden. Damit es keine Missverständnisse gibt, menschenverachtende Gewalttaten, wie sie jüngst im München vorkamen, sind abscheulich. Ja, wenn Kinder und Jugendliche dieser Gesellschaft, und zwar welcher Herkunft und Staatsangehörigkeit auch immer, kriminell und gewaltbereit werden, wenn sie Respekt vor Menschenwürde vermissen lassen, dann haben wir alle miteinander ein ernstzunehmendes Problem, das klügere Lösungen verlangt, als populistische Stimmungsmache und den ewigen Ruf nach härteren Strafen oder Abschieben des Problems. Hier muss vielmehr überlegt werden, warum diese jungen Menschen diese furchtbare Entwicklung machen, und wie dieser vorgebeugt werden kann. Wenn die These stimmt, dass männliche Migrantenjugendliche die Gewalt weniger ächten, als die deutschen Jugendlichen, dann müssen wir sicherlich auch über die Gewalterfahrungen und den Einfluss traditioneller männlicher Rollenmuster in manchen Migrantenfamilien nachdenken, aber wir sollen ehrlicherweise auch bedenken, dass diese Jugendliche auch überproportional von Armut und Arbeitslosigkeit betroffen sind, dass sie vor allem aufgrund ihrer sozialen und nicht etwa nur ethnischen Herkunft zu den Verlierern des Bildungssystems gehören. Und wir müssen uns die Frage stellen, warum wir diesen Jugendlichen, die unsere Schulen und Bildungseinrichtungen durchlaufen, keine andere Verhaltensmuster und keine andere Perspektiven vermitteln können. Und wie dies zu ändern ist. Die Jugendkriminalität steht primär im Zusammenhang mit gescheiterter Bildung und Verlust von beruflichen Perspektiven, als mit ethnischer, kultureller oder religiöser Herkunft, und ist damit kein Ausländerproblem, das man abschieben kann.

Dann wären wir wieder bei der gemeinsamen Herausforderung „Integration“, dann könnten wir wieder gemeinsam überlegen, wie zum Beispiel durch Bürgerschaftliches Engagement an der Lösung solcher gesellschaftlichen Probleme gearbeitet werden kann. Wie können die innerethnische Netzwerke und kulturelle Ressourcen der Migranten dafür genutzt werden, die Integration von Jugendlichen insgesamt und der Jugendlichen mit Migrationshintergrund voranzubringen.

Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und damit keine rein staatliche Aufgabe. Das Projekt „gemeinsam engagiert“ zeigt jedoch, wie staatliche und öffentliche

Verantwortung dazu beitragen kann und muss, das Engagement und Potentiale von Bürgerinnen und Bürgern zu unterstützen und zu entfalten. Die professionelle Unterstützung von Ehrenamtlichen und die Zusammenarbeit zwischen Haupt- und Ehrenamt sind oft wichtige Voraussetzungen dafür, dass das ehrenamtliche und bürgerschaftliche Engagement die besten Früchte erbringen. Die Migrant*innenorganisationen sind bisher oft auf sich gestellt und profitieren viel weniger von öffentlichen Förderstrukturen.

Zu den Zielen des Projektes gehört des Weiteren, dass wir durch die Zusammenarbeit die interkulturelle Öffnung der traditionellen Strukturen des Bürgerschaftlichen Engagements vorantreiben. Und durch Austausch, Vernetzung aber auch durch Know-How-Transfer mehr Potenziale aktivieren.

Heute sind Vertreter und Delegierte einiger Migrant*innenorganisationen, vor allem auch zahlreicher bayerischer Ausländer-, Migrant*innen- und Integrationsbeiräte hier. Sie, meine Kolleginnen und Kollegen leisten, wie viele andere Migrant*innen und Migrant*innen, in Kultur- und Sportclubs, in Moscheen- und Elternvereinen, seit Jahren und Jahrzehnten bürgerschaftliches Engagement im Bereich Integration. Diese Leistungen werden leider nicht ausreichend wahrgenommen und gewürdigt. Ich kenne auch aus eigener Erfahrung die Probleme und Nöte dieser Aktivitäten. Es ist ein wichtiges Ziel des Projektes, dieses Engagement sichtbar zu machen, aber auch durch Qualifizierungs-, Beratungs- und Vernetzungsangebote zu verstärken. Wir werden uns heute Nachmittag in einem Workshop ausführlicher darüber austauschen, wie diese Arbeit durch die Angebote des Projektes gestärkt werden kann.